

MBI INFORMIERT

MÜLHEIMER BÜRGER-INITIATIVEN
UNABHÄNGIGE WÄHLERGEMEINSCHAFT Nr. 8-02/20

MBI-Geschäftsstelle

Kohlenkamp 1,
45468 Mülheim

Tel. 0208 - 3899810

Fax 0208 - 3899811

e-mail: mbi@mbi-mh.de

<http://www.mbi-mh.de>

Corona und kein Ende? Die Pandemiefolgen überlagern alles

Leider deutet zur Zeit nichts darauf hin, dass ein Ende der Coronakrise absehbar wird und damit der Wiederaufbau der teilweise zerstörten Strukturen endlich einsetzen kann. Für Mülheim, das sich bereits vor Corona in einer schweren Krise befand, türmen sich die Probleberge ansonsten in immer größere Höhen auf. Dennoch sind auch die bevorstehenden Kommunalwahlen vollends überschattet von der ungewissen Zukunft. Eine Aufarbeitung der vergangenen Fehler bleibt leider im "Wahlkampf" ganz aus. Nichtsdestotrotz: **MBI - Nötig wie nie!**

MBI auf facebook! <https://www.facebook.com/MuelheimerBuergerinitiativen/>

Mitte August gingen in den Mülheimer Haushalten die Wahlbenachrichtigungen für die Wahlen am 13. September ein. Gewählt werden kann

- ◆ im jeweils auf der Benachrichtigung angegebenen Stimmlokal am Sonntag, dem 13. September,
- ◆ durch Briefwahl, welche bis allerspätestens 11. Sept. beantragt werden muss
- ◆ vorab ab Montag, dem 31. August, im Wahlbüro im Rathaus-Foyer

Alle deutschen und EU-Bürger über 16, die seit mindestens 16 Monaten mit Hauptwohnsitz in Mülheim angemeldet sind, können an 4 verschiedenen Wahlen gleichzeitig teilnehmen:

- 1.) Die OB-Wahl in Mülheim mit 10 Kandidat/innen: Wenn kein/e die absolute Mehrheit von über 50% der abgegebenen Stimmen erreicht, findet 2 Wochen später, am 27. September, eine Stichwahl statt zwischen den beiden Kandidaten, die im 1. Wahlgang die meisten Stimmen erhielten. Die MBI stellen keinen OB-Kandidaten
- 2.) Wahl zum Stadtrat: Gewählt werden zum einen 27 Direktkandidaten für den jeweiligen Wahlkreis und zum zweiten die Reserveliste der Partei oder Wählergruppe. Die Zusammensetzung des Rates erfolgt nach den prozentualen Anteilen der Reservelisten. Wenn alle gewählten Direktkandidaten gleichzeitig über ihren Listenplatz ohnehin in den Stadtrat kämen, hätte der Mülheimer Rat 54 Mitglieder. Wenn nicht, wird der Rat um sog. Überhangmandate im Verhältnis der Listenergebnisse aufgestockt, damit alle gewählten Direktkandidaten auch einen Ratssitz erhalten.

In Mülheim kandidieren 11 Listen für den Stadtrat sowie 4 Einzelbewerber ohne Reserveliste mit Kandidatur jeweils nur in 1 Wahlkreis.

Die MBI haben für alle 27 Wahlbezirke eine/n Kandidaten/in aufgestellt. Die MBI-Reserveliste mit 12 Bewerbern kann als Nr. 4 auf dem Wahlschein angekreuzt werden.

- 3.) Wahl für die jeweilige Bezirksvertretung, in deren Bereich der Wahlberechtigte mit Hauptwohnsitz angemeldet ist. Für die BV 1 (Rechtsruhr Süd), die BV 2 (Rechtsruhr Nord) und die BV 3 (Linksruhr) werden jeweils 17 Vertreter über ihre Liste gewählt. Es kandidieren die gleichen 11 Listen wie für den Rat.

Die MBI kandidieren für alle 3 Bezirksvertretungen mit einer Liste von 6 (BV 1) oder 4 (BV 2 und BV 3) Kandidaten. Die MBI stehen auf Platz 3 des Wahlscheins für die BV 2 und auf Platz 4 für BV 1 und BV 3.

- 4.) Erstmalige direkte Wahl zum Ruhrparlament: Es kandidieren 21 Reservelisten für die 91 Sitze in der neuem RVR-Verbandsversammlung, dem Ruhrparlament.

Zwei MBI-Vertreter kandidieren auf der Liste der Freien Wähler (Nr. 8 auf dem langen Wahlschein)

Auf den folgenden Seiten:

- Unbedingter Erhalt der als Gewerbegebiet geplanten Naturflächen in SelbeckS. 2
- M&B-Gewerbeflächenkonzept in weiten Teilen bereits gescheitert! Gut so!.....S. 3
- Ackerfläche Schlippenweg wird doch verkauft: Und wieder sind Stadt und Natur ein Stück ärmer..... S. 3
- Tollhaus Mülheim: Beispiel ÖPNV: Kirchtürmelei als sauteure Schildbürgerstreiche? S. 4

Einlegeblatt: Verkehrswende ja - aber richtig! Und ein kurzer Abriss zu Kultur in Mülheim

Erhalt der als Gewerbegebiet geplanten Natur in Selbeck

Die MBI lehnen das geplante Gewerbegebiet in Selbeck rundherum ab!

Antwort an die BI "Natürlich Selbeck" auf deren Bitte zur Stellungnahme:

An die Bürgerinitiative „Natürlich Selbeck“:

Sehr geehrte Selbecker Mitbürger/innen,

die MBI haben das Gewerbeflächenkonzept von M&B-Chef Dönnebrink zusammen mit Kämmerer Mendack von Anbeginn als zerstörerisch, städtebaulich kontraproduktiv und nicht hilfreich zur Bewältigung der riesigen Mülheimer Haushaltsmisere abgelehnt. Wir haben eine lange Liste mit Brach- und untergenutzten Gewerbeflächen im Stadtgebiet zur Prüfung vorgelegt. Diese war bereits vor Corona ausgesprochen lang, weil u.E. genau darin die wirkliche und verträgliche Zukunft bzgl. Gewerbeflächen liegt. Nach der Coronakrise werden sicherlich noch weitere Flächen hinzukommen.

Leider wurden wir im Juni-Ausschuss getröstet auf eine informelle Runde im Juli, wo eine Matrix zur Bewertung der verschiedenen angedachten Gewerbeflächen vorgestellt würde, weshalb man im Juni noch jede weitere Auskunft verweigerte. Diese Matrix ist ein schwer zu durchschauendes Sammelsurium von Bepunktung zur scheinbaren Objektivierung von Tauglichkeit oder auch nicht der einzelnen Flächen.

Die MBI glauben nicht, dass diese Matrix weiterhelfen wird, schon überhaupt nicht mehr wegen der großen Veränderungen, die als Folge der Corona-Krise auch auf unsere Stadt zukommen werden.

Deshalb unsere momentane Einschätzung der Lage:

1.) Wir vermuten, dass aus dem Gesamtpaket von M&B mit einer Gesamtfläche von über 200 ha einige bereits vor den Kommunalwahlen ad acta gelegt werden könnten. Wir sehen kaum Chancen für das Fulerumer Feld und das Winkhauser Tal. Ob und was am Flughafen bei der generellen Andauer des jahrzehntealten Dauerstreits um die Flughafenzukunft überhaupt möglich sein könnte, liegt zudem in den Sternen. Auch am Auberg sehen wir für die Pläne wenig Aussichten, weil das Gelände von allen am weitesten weg von einem Autobahnanschluss liegt, was u.E. das Hauptkriterium für M&B bei der Wahl der Flächen war.

2.) Das bedeutet für uns, dass die ca. 70 ha der Saarn-Selbecker Hochflächen die real einzig ernsthaft bedrohte Potenzialfläche aus dem M&B-Konzept ist. Die Nähe zum Autobahnkreuz Breitscheid und die zahlenmäßig relativ geringer Bevölkerung in Selbeck sind u.E. die unausgesprochenen Argumente, um als quasi-Kompromiss bei Verzicht auf andere Flächen „wenigstens“ Selbeck anbieten zu können.



Umso mehr haben wir es begrüßt, dass sie mit der Gründung der BI „Natürlich Selbeck“ den Widerstand gegen die zerstörerischen Pläne verstärkt haben. Seit Jahren werden insbesondere in Selbeck immer neue Bauprojekte umgesetzt wie am Hantenweg, demnächst bei der Umwandlung des Rumbaum-Areals und bei etlichen Bauten entlang der Kölner Straße. Diese Politik der Zersiedelung widerspricht allen zeitgemäßen Forderungen

gen nach Klima- und Umweltschutz, Verkehrswende, weniger Flächenverbrauch u.v.m.

Das angedachte große Gewerbegebiet würde den Charakter und die noch bestehenden Vorzüge von Selbeck endgültig massiv verändern. Wegen der Nähe gleich zu mehreren Autobahnen wäre zu befürchten, dass große Logistikfirmen ihre häufig fensterlosen Kästen errichten würden mit den zugehörigen Folgeproblemen wie vermehrter LKW- und Pendlerverkehr. Die bereits heute bestehenden großen Probleme auf der Kölner Straße sind allseits bekannt, was sich zweifelsohne dann noch verschärfen würde. Es wäre auch kaum zu erwarten, dass die erhofften Gewerbesteuererinnahmen durch solche Firmen einen wichtigen Beitrag zur Haushaltssanierung der Stadt Mülheim beitragen würden. Wahrscheinlich würde es sogar Jahre brauchen, bis selbst die notwendigen städtischen Vorleistungen zur Erschließung der verbliebenen Selbecker Durchlüftungsgebiete als Gewerbegebiet sich amortisieren würden. Die angedachten Flächen müssen auf jeden Fall als Naturraum erhalten bleiben.

Wir bitten Euch, den bereits großen Widerstand gegen die zerstörerischen Pläne weiter zu verstärken, um Verwaltung und Rat in Mülheim zur Aufgabe der Pläne zu drängen.



M&B-Gewerbeflächenkonzept gescheitert! Gut so

Nur 1 Woche nach der MBI-Stellungnahme an die BI "Natürlich Selbeck" (siehe S.2) eine gute Nachricht für die Mülheimer Grüngelände: Zweifelsohne hat die hervorragende Arbeit vor allem der BI's "Fulerumer Feld" und "Natürlich Selbeck" ihre Wirkung nicht verfehlt.

M&B-Chef Dönnebrink hatte gerade eine Broschüre verschickt zu ihrem umstrittenen Wirtschaftsflächenkonzept. Titel: "12 Irrtümer rund um das Wirtschaftsflächenkonzept". Diese Werbung wird sicherlich die meisten der großen sog. Potenzialflächen nicht mehr als Gewerbeflächen "retten" können. Inzwischen hat nämlich auch der CDU-OB-Kandidat Buchholz sich positioniert und endlich klar Position bezogen. Vier Flächen will er nicht weiter diskutiert sehen: Auberg, Winkhauser Tal, Fulerumer Feld und Selbeck.

Damit ist genau das eingetreten, was die MBI seit Vorstellung des Konzeptes immer wieder vorhergesagt haben:

- 1.) Das Gesamtvorhaben musste scheitern, vgl. MBI-Stellungnahme aus Jan. 20: "Gewerbeflächenpläne in Mülheim sind eine nutzlose Neuauflage überholter Politik aus lange vergangener Zeit?"
- 2.) Sinnvoller ist einzig die Aktivierung der vielen Brach- und untergenutzten Gewerbeflächen, von denen es bereits vor Corona viele gab, die von den MBI auch im Jan. zur Prüfung aufgelistet und eingereicht wurden. Die spannendste Fläche ist sicherlich das Gelände von Tengelmann.
- 3.) Die Folgen der Coronakrise werden auch für die Mülheimer Wirtschaft gravierende Einschnitte mit sich bringen, die im einzelnen z.Zt. noch nicht überschaubar sind. Dadurch wird sich nicht nur der zukünftige Bedarf an Wirtschaftsflächen deutlich ändern, es werden wohl auch weitere Gewerbeflächen zur anderweitigen Nutzung angeboten werden.

Auch die halbstädtische WirtschaftsförderungsgmbH von M&B wird gezwungen sein, ein neues Konzept für Wirtschaftsförderung aufzustellen. **Nach fester Überzeugung der MBI ist ein solches Konzept nur dann zukunftsgerichtet, wenn es städteübergreifend angelegt ist, d.h. wenn zumindest für den Bereich der DEMO-Städte (DU, E, MH, OB) des westlichen Ruhrgebiets ein Konzept unabhängig von Stadtgrenzen erstellt und umgesetzt wird.**

Ackerfläche am Schlippenweg wird doch verkauft, nicht verpachtet: Wieder sind Stadt und Natur ein Stück ärmer!

Das 4,7 ha große Grundstück am Schlippenweg in Mülheim wird verkauft. Die künftige digitalisierte landwirtschaftliche Nutzung soll im Kaufvertrag und im Grundbuch festgelegt werden. Ortspolitiker von SPD, CDU, FDP stimmten dem Verkauf am Schlippenweg für den angeblichen landwirtschaftlichen Forschungsbetrieb zu. **Der MBI-Antrag, das sensible Gelände am Schlippenweg zu verpachten anstatt es zu verkaufen, wurde leider mit großer Mehrheit abgelehnt.**

Die Frage, was denn ist, wenn der Betrieb sich z.B. nicht rentiert, die Firma demnächst ganz andere Pläne hat oder, und interessierte die Mehrheit nicht. Die Argumentation der Firma, ohne den Grundbesitz würden sie keine Kredite bekommen, ist vorgeschoben und macht eher verdächtig.



Die Fläche am Schlippenweg liegt im Außenbereich, ist Teil des Landschaftsschutzgebietes "Oppspring und Rumbachtal" und grenzt an den ökologisch besonders sensiblen Hang zum Rumbachtal hin. Das aktuelle Luftbild in der WAZ zeigt die Situation am Schlippenweg mit alter, von Bäumen umsäumter Hofstelle und links dem Ackerland, für das immer noch Pläne für Wohnbebauung existieren mit dem B-Plan G 15 "Schlippenweg/Zeppelinstr.".

Der MBI-Antrag von Ende 2018, den Schlippenweg im Regionalen Grünzug vor Bebauung zu schützen und ein Änderungsverfahren im Regionalen Flächennutzungsplan (RFNP) dahingehend in die Wege zu leiten, wurde damals ebenfalls mit großer Mehrheit abgelehnt.

Neben den bekannten Problemen von Zersiedelung der Landschaft, Verlust von wichtigen Ackerflächen und Verringerung der Naherholungsmöglichkeiten sind in den letzten Jahren zwei weitere wichtige Aspekte mit einer möglichen Bebauung dieses Gebietes immer stärker in den Fokus gelangt wegen der Lage des Gebietes am Rande und im Anstrom des Rumbachtals.

Das Bspl. Schlippenweg zeigt deutlich, wie ernst es Verwaltung und Ratsmehrheit in Mülheim mit Klimaschutz vor Ort wirklich meinen, denn bei Immobiliengeschäften sind Stadtdurchlüftung, Schutz vor zunehmenden Starkregen usw. immer noch nicht von besonderer Wichtigkeit!

Tollhaus Mülheim: Beispiel ÖPNV: Kirchtürmelei als sauteure Schildbürgerstreiche?

„Bus statt Bahn“ – in Mülheim nur der helle Wahn?

Entscheiden Juristen demnächst über die Zukunft der Straßenbahnlinie 104 in Mülheim, der kleinen Großstadt inmitten größerer Großstädte? Der Kahlenbergast der 104 über die Kamp- und Bismarckstraße soll aus dem zukünftigen Nahverkehrsplan verschwinden. Ruhrbahn und Stadt Mülheim klagen deshalb gegen die Bezirksregierung auf Stilllegung des Kahlenbergastes, wie die WAZ am 4.8. berichtete: **„Richter entscheiden über die Zukunft der Linie 104“** und der WAZ-Kommentar: **„Mülheimer Nahverkehrskonzept: Versagen auf ganzer Linie – Ruhrbahn und Stadt Mülheim wollen das Straßennetz stückchenweise kappen. Ein Nahverkehrskonzept ist seit Jahren auf der Strecke geblieben.....“**

Was genau ist da los? Deshalb zur Erinnerung:

Seit ex-OB Mühlenfeld, damals mit dem heutigen Kämmerer Mendack als ihrem Adjutanten, zusammen mit dem BHM-Chef Dönnebrink vor ca. 10 Jahren die Devise „Bus statt Bahn“ ausgab, geht es in Mülheim immer wieder um die Stilllegung von Straßenbahn-Strecken, d.h. Zerstörung von existenter E-Mobilität, die ansonsten von Bund, Land und EU gefördert wird.

Der Flughafenast der 104, obwohl Teilstück einer städteübergreifenden Linie von Sterkrade bis Witten in allen Landes- und RVR-Plänen, wurde 2012 illegal bei Nacht und Nebel aus dem Netz genommen und bis heute so gelassen, der Nordast der Linie 110 nach Styrum folgte danach und auf den Südast wurde die 104 geleitet, wobei ganz schnell die Schienen auf der Hauskampstr. für viel Geld entfernt wurden. Dann sollte der Endast der 102 zum Uhlenhorst verschwinden, was u.a. wegen dem Hockeyclub dort dann doch nicht geschah. Und immer wieder sollte der Kahlenbergast der 104 verschwinden, obwohl der RP stets betonte, dass dadurch nach Recht und Gesetz hohe Rückzahlungen von ca. 18 bis 20 Mio. fällig würden (schließlich war diese StraBa-Strecke nicht nur Teil der teuren neuen CentrO-Linie gewesen, sondern diente auch als „Beschleunigung der Linie 110“ zur Finanzierung der nicht gerade unumstrittenen Ruhrbania-Verkehrsführung, Baulos 1).

Es ist ein völliges Durcheinander mit den Bahnen auf Mülheimer Stadtgebiet, selbst mit ihren Nummern. So ist das, wenn man unbedingt ein Konzept durchsetzen will, was so nicht gehen kann und sich zudem noch weniger rechnet. Da halfen auch 5 sauteure Gutachten nicht weiter, obwohl fast jedes Mal als Geheimgutachten behandelt und doch nur für den Papierkorb.

Den letzten Großangriff auf den Mülheimer ÖPNV, vornehmlich auf die verbliebenen Straßenbahnlinien startete dann Kämmerer Mendack als quasi-Vollstrecker der o.g. Devise seiner einstigen Herrin vor 1 Jahr. Erst brachte er die konfuse Mülheimer Kenia-Koalition von SPD, CDU und Grünen dazu, als „Haushaltsbegleitbeschluss“ die Einsparung von 7 Mio.p.a. beim ÖPNV zu verabschieden. Dann legten er und Dönnebrink ein sog. „Netz 23“ auf, bei dem u.a. 2 der verbliebenen 4 StraBa-Linien ganz aus Mülheim verbannt werden sollten und bei den anderen sollten etliche Haltestellen wegfallen und Endstücke gekappt werden. Die vor Corona stark frequentierte Duisburger Linie 901 sollte am Zoo an der Stadtgrenze enden, die Linie 104, aus Essen kommend, sollte verschwinden, womit im x-ten Versuch der Kahlenbergast automatisch stillgelegt wäre. Nun hatte man zu dem gesamten Unfug nicht einmal die betroffenen Nachbarstädte konsultiert und auch die RP-Genehmigungsbehörde außen vor gelassen.

Der indiskutable Schildbürgerstreich fiel auf und die Mülheimer Kenianer weigerten sich schließlich, das „Netz 23“ als Umsetzung ihres Beschlusses zu verwirklichen. Alles hochnotpeinlich und ein weiteres Jahr später weiß niemand dieser „Spezialisten“, wie das weitergehen soll und könnte. Während die Grünen scheinheilig „Vorrang für die Schiene“ plakatieren, schweigen auch sie dazu, wie denn ihre Haushaltsbeschlüsse für den verflommenen Etat 2019 (nachträglich) umgesetzt werden könnten. Aus der versammelten Ratlosigkeit ergab sich dann der todesmutige Versuch, den RP über Gericht zu zwingen, auf die gesetzlich vorgeschriebene Rückzahlung von Fördergeldern zu verzichten. Es gibt aus MBI-Sicht nur einen Ausweg, wie wir es seit Jahren immer wieder fordern:

Dem Mülheimer Kirchturm müssen zum ÖPNV Entscheidungsbefugnisse entzogen werden. Die Verschmelzung der Verkehrsgesellschaften jeder Einzel-Teilstadt muss baldigst eingeleitet und ein gemeinsamer Nahverkehrsplan vorerst zumindest für die DEMO-Städte des westlichen Ruhrgebiets (DU, E, MH, OB) mit seinen 1,5 Mio. Menschen aufgestellt werden.



Verkehrswende ja - aber richtig!



Mülheim und die Verkehrswende - verschiedene Welten?

Für Verbesserungen in der berüchtigten Mülheimer Verkehrsführung, der hundsmiserablen Ampelschaltung und natürlich im öffentlichen Nahverkehr, für Fußgänger und Radfahrer.

1.) Zum Individualverkehr

Nachdem der Bau der Emmericher Straße als Stadtautobahn verhindert wurde, besteht wohl nicht mehr die Gefahr neuer überdimensionierter Straßenbauprojekte. Trotzdem wurde und wird eine Menge Geld für den Straßenbau im Rahmen von Ruhrbania ausgegeben, mit chaotischen Ergebnissen (Mülheimer Verkehrsführung oder "Wenn der Navi versagt ..."). Doch die gesamte, sündhaft teure Ruhrbania-Verkehrsführung mit Baulos 1 (u.a. Überbauung Ruhrstr.), Baulos 2 (u.a. Abriss aller overfließ von der Nordbrücke) ist bei Baulos 3 (2-Ri-Verkehr Klöttchen und Abriss Hochstr. Tourainer Ring) noch nicht "vollendet". Die MBI haben sich immer für die Verkehrsberuhigung im Klöttchen eingesetzt, das Gegenteil wurde jetzt mit dem Zweirichtungsverkehr realisiert. Noch aber droht auch der Rest von Ruhrbania-Baulos 3, die Niederlegung der Hochstraße Tourainer Ring.



2.) Radverkehr, Sammeltaxis etc.

Die MBI sind für Sanierung und Verbesserung der Fahrradwege und möglichst eine durchgängige West-Ost-Innenstadt-Radwegeverbindung. Der Bau der "Radautobahn RX1" durch das gesamte Ruhrgebiet kommt an diversen Stellen nicht voran, in Mülheim ab der Hochschule Ri. Duisburg. Auch nach Jahren ist weder geklärt, ob die Bahn die Flächen freigibt, wie der Bahnübergang Heerstr. gestaltet werden kann und vor allem müssen betroffene Anlieger endlich vorher einbezogen werden.

Auch wenn Radwege und Stärkung des Radverkehrs eine wichtige Aufgabe darstellen, gilt:

- Für Radfahrer und Radwege muss endlich das gleiche Recht gelten wie für andere Verkehrsteilnehmer auch. Ob auf dem Leinpfad, der Schlossstr., an Ampeln usw.
- Radwegbau rechtfertigt keinen Umweltschaden durch massenhaftes Baumfällen wie beim Rampenbau am Stadthallenparkplatz, im weiteren Verlauf des geplanten RX 1 ab Saarner Str. oder im Uhlenhorst
- Radwegbau darf nicht benutzt werden, um z.B. die illegale Stilllegung des Flughafenstr. der StraBa-Linie 104 nachträglich zu legalisieren!

Zur besseren Versorgung der Bevölkerung und zur Reduzierung des Autoverkehrs sollte ein Sammeltaxisystem nach modernsten Gesichtspunkten zu den wichtigsten Verkehrszielen der Stadt aufgebaut werden, beginnend mit bisher schlecht angebundenen Quell- oder Zielgebieten wie zu Lidl, Aldi in Speldorf-Nord, zum Heifeskamp, zu den Discountern an der Essener und der Düsseldorfer Str. u. ä.. Danach könnte das erweitert werden zu großen Schulen/Schulzentren, zum RRZ, zur Innenstadt usw..

3.) ÖPNV als Verkehrsalternative und wichtiger Standortfaktor benötigt eine völlige Umorganisation plus Attraktivierung



"Der Nahverkehr im Ruhrgebiet soll besser werden. Das sieht ein Vorstoß der Oberbürgermeister vor. Der Elf-Punkte-Plan hat es in sich.", so die WAZ vom 27.5.20. Doch: Alles ungezählt oft in Sonntagsreden bereits gehört. Passiert ist über Jahrzehnte sehr wenig. Hauptpunkt des neuerlichen Vorstoßes rechtzeitig zur Kommunalwahl ist "natürlich" die Forderung nach Milliarden-Hilfen von Bund und Land. Andere zentrale Punkte wie ein gemeinsamer Nahverkehrsplan oder die Fusion der Einzel-Verkehrsgesellschaften sind dagegen nur angedeutet und alles

andere als verbindlich. Aus sich heraus werden die diversen Einzelkirchtürme nicht willens und dazu in der Lage sein aus bekannten Gründen. Die MBI wiederholen deshalb ihre jahrelange Forderung:

Die Aufsichtsbehörden in Düsseldorf müssen Mülheim und den Nachbarstädten die Entscheidungshoheit zumindest vorläufig und teilweise entziehen und selbst die Regie übernehmen, zumindest beim brisanten und hochsensiblen Thema ÖPNV-Zukunft. Dazu gehört als erstes auch, dass die Aufsichtsbehörde unverzüglich zumindest für das westliche Ruhrgebiet der DEMO-Städte (DU, E, MH, OB) einen gemeinsamen Nahverkehrsplan in die Wege leitet. Der Aufbau einer einzigen Verkehrsgesellschaft muss als mittelfristiges Ziel ebenfalls schnellstmöglich angegangen werden, womöglich mit dem Zwischenziel von 2 ÖPNV-Gesellschaften - eine für das westliche und eine für das östliche Ruhrgebiet.

Lässt Düsseldorf z.B. die konzeptlose Stadt Mülheim, mittendrin im DEMO-Bereich mit seinen bereits 1,5 Millionen Menschen, weiter vor sich hin wurschteln und chaotisieren, betrifft das empfindlich auch die angrenzenden Nachbarstädte, die bzgl. ÖPNV ohnehin alle große Defizite aufweisen!

Die Coronakrise hat den gesamten ÖPNV massiv zurückgeworfen. Ein "Weitermachen wie gehabt" wird auf Dauer nicht mehr möglich sein. Umso wichtiger wird es werden, jetzt endlich die dringend erforderlichen Strukturreformen im ÖPNV schnellstmöglich einzuleiten! Schließlich ist der ÖPNV im Ruhrgebiet der gleichzeitig teuerste und ineffektivste Nahverkehr aller deutschen und sogar europäischen Ballungsgebiete!



aus dem MBI-Programm noch ein Auszug aus dem Kapitel

Kultur in Mülheim

Kultur ist tragende Säule einer Gesellschaft und trägt zu Bildung und Unterhaltung bei. Kultur hilft im entscheidenden Maße, die eigene Persönlichkeit zu entwickeln, das kreative Denken und Handeln zu fördern und damit den Menschen zu stärken und zur gesellschaftlichen Teilhabe zu befähigen.

Zwei hervorragende Beispiele für erfolgreiche Kultur von unten durch das Engagement von Bürgern sind die Alte Dreherei als Vereins- und Kulturzentrum und die vorbildliche Wiederbelebung des Kleinods der Freilichtbühne durch die Regler. Gegen viele Widerstände seinerzeit aus Verwaltung und Politik haben die MBI beide Projekte nach Kräften unterstützt. In der Folgezeit sind sie zu echten highlights unserer Stadt geworden, womit sich inzwischen auch einstige Gegner brüsten. Das ist nicht das Schlechteste! Etliche Kulturprojekte wie das Ledermuseum oder die Künstlergruppe AnDer u.v.m. müssen der Stadt erhalten bleiben. Inwieweit die sog. hohe Kultur wie das Theater am Raffelberg, die Stücke usw. in der aufziehenden Rezession weitergeführt oder z.B. mit Nachbarstädten kooperieren werden müssen, ist noch nicht absehbar. Insgesamt sind durch die einschneidende Coronakrise viele Kulturprojekte existenziell bedroht. **Die MBI fordern die Auflösung der hoch defizitären MST (Mülheimer Stadtmarketing Tourismus GmbH) und Aufteilung in Kulturbetrieb, Immoservice und eine hoffentlich zukünftig städteübergreifende Tourismusgesellschaft**